

Kocka, Jürgen

Article — Digitized Version

Zerstörung und Befreiung: das Jahr 1945 als Wendepunkt deutscher Geschichte

Politik und Kultur

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Kocka, Jürgen (1986) : Zerstörung und Befreiung: das Jahr 1945 als Wendepunkt deutscher Geschichte, Politik und Kultur, ISSN 0340-5869, Colloquium-Verlag, Berlin, Vol. 13, Iss. 5, pp. 45-64

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112392>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB).

Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH

Bibliothek und wissenschaftliche Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)

Library and Scientific Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**.

More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Jürgen Kocka

Zerstörung und Befreiung

Das Jahr 1945 als Wendepunkt deutscher Geschichte

In den letzten Monaten haben manche gemeint, man solle den 8. Mai nicht als Gedenktag begehen, sondern lieber unbeachtet lassen. Man solle keine vernarbten Wunden aufreißen, die offizielle Erinnerung werde nur zum Streit führen, und in den letzten Zeiten habe es genug historische Gedenktage gegeben.

Die Entwicklung ist über solche Argumente hinweggegangen. Die Erinnerung an den 8. Mai 1945 und an das, was er symbolisiert, ist zu einer mächtigen Welle in mannigfachen Formen geworden, die vom großen Medienereignis und offiziellen Manifest über unüberschaubar viele Zeitungsartikel und zahlreiche Sammelbände bis zu zahllosen Gesprächen auf Parties und Diskussionen im Familienkreis reichten. Im Grunde kam das überraschend, besonders wenn man bedenkt, daß zur 20., 25. oder 30. Wiederkehr des 8. Mai nichts Vergleichbares geschah.

Die Ursachen sind nicht leicht zu benennen. Sicherlich spielt eine Rolle, daß das Interesse an Geschichte in den letzten Jahren generell wieder zugenommen hat. Und was speziell die Geschichte jener Zeit betrifft, so kommt zweierlei zusammen – anders als vor 10, 20 Jahren und auch anders als zum 50. Jahrestag 1995. Einerseits leben in Deutschland und anderswo noch viele von denen, die damals gelitten, verloren oder gesiegt haben. Sie, ihre Familien und ihre Organisationen verlangen oftmals die öffentliche Erinnerung an ihre Leiden und Leistungen als ein Stück Gerechtigkeit, und auf Befragen können sie noch Antwort geben: ehemalige Verfolgte und KZ-Häftlinge z.B., aber auch viele Soldaten der damals siegreichen Armeen und in anderer Weise Betroffene, wie z.B. Flüchtlinge und Vertriebene. Andererseits sind die Ereignisse jetzt zeitlich weit genug weggerückt, um wirklich *historisches* Interesse zu wecken. Die Mehrheit der Bevölkerung ist schließlich nach 1945 geboren. Sie hat den Krieg und die Dik-

tatur nicht erlebt, aber sie kann täglich erleben – im Lande und außerhalb –, wie beides noch nachwirkt. So erklärt sich ihr Interesse an der Erinnerung, die für die Jüngsten überdies weniger schmerzlich ist als für die damals erwachsenen, damals verantwortlichen Zeitgenossen. Was auch für Gründe außerdem noch hinter diesem Aufschwung des zeitgeschichtlichen Interesses liegen mögen, man sollte es begrüßen. Es eröffnet nämlich eine Chance, die Einsicht in historische Zusammenhänge zu verbessern, in Zusammenhänge, die man kennen muß – mehr als das: die man sich zu eigen gemacht haben muß –, wenn man sich gegenüber zentralen Problemen der Gegenwart angemessen verhalten will. Klarheit über frühere Phasen und Weichenstellungen der eigenen Entwicklung zu haben, sich aufzuklären, auch wenn es schmerzt, ist für ganze Gesellschaften oder Nationen ähnlich wichtig wie für einzelne Personen.

Viel ist über jene Zeit geforscht, geschrieben, erzählt und bekannt. Aber über die historische Einordnung des Einschnitts vom Mai 1945 besteht kein voller Konsens.

Zwar gibt es Übereinstimmung in wichtigen Punkten. Niemand rechtfertigt den Zweiten Weltkrieg und Deutschlands Rolle in ihm. Daß dieser Krieg außergewöhnliche Schrecken mit sich brachte und riesige Opfer forderte, ist im allgemeinen Bewußtsein präsent: Auf ungefähr 55 Millionen beziffert man die Toten des Zweiten Weltkriegs im Vergleich zu 10 Millionen 1914–18. Niemand bezweifelt, daß es sich im Mai 1945 um eine wirkliche militärische Niederlage handelte, die sich aus den militärischen Kräfteverhältnissen ergab (nicht etwa um einen „Dolchstoß“ von innen). Keine ernsthafte Stimme verneint, daß dieser Krieg von der nationalsozialistischen Regierung des Deutschen Reiches ausging – als ein deutscher bzw. nationalsozialistischer Angriffskrieg, in deutscher bzw. nationalsozialistischer Verantwortung. Das sind wichtige Elemente der Übereinstimmung. Der historische Befund ist ja auch eindeutig genug. Nach 1918 war die Beurteilung des Krieges, seiner Ursachen, seines Charakters und seines Resultates in Deutschland viel kontroverser.

Doch in anderer Hinsicht ist die Deutung des Mai 1945 nicht unumstritten und vor allem unsicher. Das hat sich in den Diskussionen, Veröffentlichungen und symbolischen Akten deutlich gezeigt. Unterschiedlich, unsicher und kontrovers wird vor allem die Frage beantwortet, ob der 8. Mai, der Tag, an dessen Ende die bedingungslose Kapitulation der Wehrmacht in Kraft trat, primär Verlust und Zerstö-

rung oder aber vor allem Befreiung und Neubeginn symbolisiert, ob er also primär ein Grund zur trauernden Besinnung oder aber vielmehr Anlaß zur zurückschauenden Genugtuung (wenn nicht gar zum Feiern) sein soll. Bei dieser Bewertung unterscheidet man sich zumindestens nach Nuancen, je nach Perspektive. Drei Zitate mögen das illustrieren.

Nach Meinung des CDU-CSU-Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger ist der 40. Jahrestag der bedingungslosen Kapitulation ein Tag des Gedenkens, aber kein Anlaß zum Feiern. Am Ende des Krieges habe eine europäische Katastrophe gestanden. „Sie sei gekennzeichnet durch die Unterwerfung ganz Ost- und Mitteldeutschlands unter eine kommunistische Diktatur, durch die Teilung Berlins, Deutschlands und Europas und durch die Vertreibung . . .“.

Heinrich Böll dagegen schrieb in seinem fiktiven, öffentlichen *Brief an meine Söhne*: „Ihr werdet die Deutschen immer wieder daran erkennen können, ob sie den 8. Mai als Tag der Niederlage oder Befreiung bezeichnen. *Wir* warteten auf unsere 'Feinde' – die Amerikaner im Rheinland – als unsere Befreier.“

Eine dritte, heute in der einen oder anderen Weise von vielen geteilte Position formulierte Theodor Heuss vor dem Parlamentarischen Rat 1949: „Im Grund genommen bleibt dieser 8. Mai 1945 die tragischste und fragwürdigste Paradoxie der Geschichte für jeden von uns. Warum denn? Weil wir erlöst und vernichtet in einem gewesen sind.“

Die Erfahrungen der Zeitgenossen

Zerstörerische Katastrophe, erlösende Befreiung oder beides zugleich, vielleicht gar in einem inneren Zusammenhang, der eine sinnhafte Deutung jener zunächst so sinnlos erscheinenden Opfer erlaubt? Dieser Frage soll im folgenden nachgegangen werden. Zunächst: Wie erlebten die Zeitgenossen in Deutschland die Niederlage der Wehrmacht und den Sieg der Alliierten, im Mai 1945 bzw. in den Monaten davor? Sehr unterschiedlich, je nach Stellung, Region und Haltung zum Faschismus.

Die Verfolgten des Nationalsozialismus, die politischen Gefangenen in den Haftanstalten, die sich versteckt haltenden Juden und Kommunisten, die zeitweilig inhaftierten Demokraten, resistenten Christen, vor allem die ca. 800 000 noch lebenden Insassen von Treblinka und

Auschwitz, Bergen-Belsen, Buchenwald und anderen Lagern – sie alle ersehnten und erlebten die Ankunft der Sieger aus Ost und West als Befreiung, soweit sie nicht so sehr geschunden waren, daß sie die Befreiung kaum mehr wahrzunehmen vermochten. Die erschütternden Bilder von Tod, Qual und Befreiung sind gerade in diesen Tagen jedem präsent, der nicht mit Absicht die Augen verschließt. Und wir kennen die schreckliche Geschichte des Holocaust mit seinen Vernichtungslagern vor allem im Osten, seinen Gaskammern, Massenerschießungen, Verbrennungsöfen und etwa 6 Millionen vor allem jüdischen Opfern. Er stellt etwas historisch Einmaliges, weiterhin schwer Faßbares dar, das selbst weit über die harte, grausame Normalität des Zweiten Weltkriegs hinausragt und die Verachtung der Sieger wie die Scham der Besiegten stärker herausforderte als alles andere. „Jetzt weiß ich, wofür ich kämpfe“, schrieb ein englischer Soldat, als er am 15. 4. nach Bergen-Belsen kam, wo es zwar keine Gaskammern und Verbrennungsöfen gab, aber noch im letzten Monat des Krieges knapp 30 000 umgekommen waren. Solche Berichte, Bilder und Erfahrungen, bald breit publiziert, beglaubigten den Anspruch der alliierten Soldaten, nicht nur als Sieger, sondern auch als Befreier zu kommen. Die Opfer und Verluste der Alliierten ließen sich auf diese Weise mit zusätzlichem Sinn ausstatten und in die Geschichte des jeweiligen Volkes sinnvoll eingliedern – bis heute. Eine solche Quelle der Sinnstiftung stand und steht den Deutschen nicht zur Verfügung, wenn sie den Kriegstod von ca. 4,7 Millionen ihrer Soldaten historisch einzuordnen versuchen, ganz im Gegenteil. Auschwitz steht jedem Versuch, jenen Opfern historischen Sinn zuzuschreiben, unübersteigbar im Weg. Und der Versuch, solchen Sinn im antibolschewistischen Abwehrkampf zu finden, ist zwar häufig, aber frivol und historisch nicht glaubhaft. Übersieht er doch, abgesehen von allem anderen, daß es sich um einen Überfall Deutschlands auf Rußland (und nicht Rußlands auf Deutschland) handelte und daß eben dieser von Deutschland begonnene Krieg die Ausweitung der sowjetischen Einflußzone nach Westen erst mit sich brachte. Befreit fühlten sich wohl auch die meisten der Fremdarbeiter, oft zwangsweise zu harter Arbeit ins Land geschleppt, als Kriegsgefangene oder Deportierte und nunmehr verwaltungstechnisch als „displaced persons“ geführt. Von diesen gab es im Mai 1945 9,6 Millionen. Ihre Zukunft allerdings war unsicher, und ihre Rückkehr ins Heimatland konnte mit Lebensgefahr verbunden sein.

Das Gefühl der Befreiung überwog schließlich auch bei einer nicht genauer bestimmbar Zahl von deutschen Gegnern des Nationalsozialismus, in einem Spektrum, das vom kommunistischen, sozialdemokratischen, kirchlichen oder anders begründeten Widerstand im Untergrund bis hin zu den viel zahlreicheren Formen indirekter Resistenz oder innerer Distanz reichte. Schließlich wurde ja der Zugriff der nationalsozialistischen Diktatur auf den einzelnen „Volksgenossen“ in den letzten Jahren des Krieges härter, gründlicher und terroristischer. Auch von der generell nicht-verfolgten Zivilbevölkerung wurden nun größere Opfer verlangt. Man denke an Arbeitseinsatz, Volkssturm, Nahrungs- und Brennstoffmangel unter den Bedingungen des Bombenkrieges, der zwischen Heer und Zivilisten nicht differenzierte. Und viele begriffen, daß Hitler und seine Helfer einen aussichtslos gewordenen, täglich riesige Opfer kostenden Krieg weiterführten, verantwortungslos und mit rasch abnehmendem Realitätsbezug. Offener Zweifel am Endsieg zwar konnte als Defätismus mit dem Tode bestraft werden. Aber entsprechende Zweifel waren 1944/45 weit verbreitet und wurden in Goebbels' Tagebuch sorgenvoll als Auflösungserscheinung registriert. Rückblickend schreibt ein damals 15jähriger, der das Kriegsende im Kohlenkeller eines Berliner Wohnhauses verbrachte, weil er nicht ganz zuletzt noch an die Front geschickt werden wollte, über den 8. Mai:

„Wir waren nun in der Tat frei, mochten wir auch ahnen, daß den Deutschen in der unmittelbaren Zukunft noch manches Schwere bevorstehen würde. Soweit ich mich erinnern kann, haben damals Millionen Deutsche ebenso empfunden . . . Der 8. Mai 1945 befreite sie vom Elend der Bombennächte und von der Sorge um das Leben der Männer und Söhne an der Front . . . Von ihnen genommen war die Bürde der Zwangsverpflichtung für die Rüstung, die Furcht vor den Spitzeln der Gestapo und der Schreckensherrschaft der Volksgerichtshöfe, die eben noch Bluturteile am laufenden Band gefällt hatten. Ja, für mich war der 8. Mai 1945 ein Tag der Erlösung.“

Viele Deutsche müssen in der Tat so oder so ähnlich empfunden haben. Viele Deutsche aber sahen das anders und erlebten die Niederlage als bedrohlichen Verlust, als Zerstörung und Katastrophe. Das traf zum einen für die nationalsozialistischen Funktionsträger und die überzeugten Parteigenossen zu. Ich meine die Führung, die sich das Leben nahm, gefangengenommen wurde oder sich rechtzeitig absetzte. Ich meine die vielen „alten Kämpfer“ und zahllose kleinen

Blockwarte, HJ-Führer, Obleute und Funktionäre, die ihr Ansehen, ihr Stückchen Macht und ihren reichlich gedeckten Tisch dem Amt und den „Beziehungen“ nach oben verdanken. Und ich meine die Jugendlichen, die auch noch zum Schluß an den Führer, die kommende Wunderwaffe und den Endsieg glaubten, die freiwillig an die bröckelnde Front drängten oder fanatisiert Aktionen des Werwolf unterstützten, der Anfang April 1945 gegründet wurde, aber im ganzen sehr schwach blieb.

Und auch die Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung hat die Niederlage wohl nicht primär als Befreiung erlebt. Bei ihr überwogen die Angst vor der Roten Armee, der Schrecken über deren Ausschreitungen, die Leiden auf der Flucht, die Erfahrung von Zerstörung, Verlust und Vertreibung. Etwa zwei Millionen von ihnen kamen bei der Flucht, Vertreibung und Verschleppung um. Zählt man die deutschen Siedlungsgebiete außerhalb der Reichsgrenzen von 1937 mit, dann mußten insgesamt 12 Millionen Deutsche ihre Heimat verlassen oder hatten später keine Möglichkeit mehr, dorthin zurückzukehren, darunter über 3 Millionen Schlesier, 3 Millionen Sudetendeutsche, 2 Millionen Ostpreußen und 1,4 Millionen Ostpommern. Ihre Erfahrungen waren oftmals traumatisch, ihre Berichte wird man nicht ohne große Bewegung lesen, Flucht und Vertreibung gehören zur Geschichte der deutschen Niederlage zentral dazu. Als Historiker besitzt man kein gutes methodisches Mittel zum Vergleich menschlichen Leids. Zu Recht scheut man vom zahlenmäßigen Aufrechnen zurück. Trotzdem eine kurze Bemerkung, aus aktuellem Anlaß:

Im Unterschied zur Judenvernichtung im Holocaust stellen Verfolgung und Vertreibung der Ostdeutschen durch Rote Armee, Polen und Tschechen eine *Reaktion* dar, eine Reaktion auf eine vorherige, historisch beispiellose, systematische Angriffs- und Vernichtungspolitik deutscher Truppen und Verwaltungen in Polen und in der Sowjetunion. „Volkstumspolitik“, die Ausrottung der polnischen Intelligenz in den „eingegliederten Ostgebieten“, die Massenermordung von Juden, Slawen und als „minderwertig“ erklärten Minderheiten (z.B. Zigeunern), der antibolschewistische „Kommissarbefehl“, die Einsatzkommandos und schließlich die Strategie der „verbrannten Erde“ beim Rückzug aus dem Osten – all das brachte eine neue, extrem zerstörerische, eben faschistische Qualität in den Krieg, der zum „rassischen Vernichtungskrieg“ wurde. Zwangsumsiedlungen, Massenvertreibungen und riesige Deportationen gehören zum deut-

schen Repertoire lange vor 1945. Hitlers Pläne reichten für die Zeit des Sieges noch viel, viel weiter. Blickt man nur auf die Verluste der Zivilbevölkerung, dann sind dies die geschätzten Zahlen: 7 Millionen Tote in Ost- und Südosteuropa, besonders in Polen; 7 Millionen in der Sowjetunion; 2,5 Millionen in Deutschland (einschließlich der Opfer von Flucht und Vertreibung, aber ohne die Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung); 0,8 Millionen in den westlichen Ländern. Diese Zahlen zeigen, daß der Krieg im Osten etwas anderes war als im Westen. Sie weisen auf eine neue Form des totalen Krieges hin, den die Deutschen als nicht angegriffene Angreifer und Eroberer in den Osten trugen, und von dort schlug er schließlich auf die ostdeutsche Bevölkerung zurück – mit ähnlicher Härte, wenn auch letztlich weit weniger perfekt und weniger unmenschlich. Auch wer mit der Kategorie der Vergeltung aus guten Gründen nicht umgehen will, sollte diesen Zusammenhang sehen, wenn er Ursachen erkennen, historisch gerecht urteilen und sich ein angemessenes politisches Urteil ermöglichen will.

So weit – nicht erschöpfend – einige Kategorien von Deutschen, die die Niederlage primär als Befreiung, und solche, die sie primär als Zerstörung erlebten. Man könnte das weiterführen und etwa auf die Kriegsgefangenen einerseits, die Emigranten und Ausgebürgerten andererseits eingehen. Aber, die Mehrheit der Deutschen erfuhr die Niederlage wahrscheinlich mit ausgesprochen gemischten Gefühlen, oder sie hatten anderes, für sie Wichtigeres zu tun.

Was die gemischten Gefühle betrifft: Viele sahen, daß die Befreiung vom Faschismus mit der Zerstörung der nationalen Souveränität und der Errichtung einer unberechenbaren Fremdherrschaft in eins fiel und in eins fallen *mußte*, denn die Deutschen hatten es ja alleine nicht fertiggebracht und mehrheitlich wahrscheinlich bis zum Schluß nicht wirklich gewollt, sich von diesem diktatorischen System selbst zu befreien. Es war ja keineswegs so, als ob eine kleine Nazi-Clique die Nation in ihrer Mehrheit gegen ihren Willen versklavt, eine im übrigen intakte Gesellschaft von oben beherrscht und dann ihre Politik nur „im deutschen Namen“, wie es manchmal heißt, getrieben hätte. So war es – leider – nicht. Immerhin hatten 41 % der Wähler die NSDAP im Juli 1932 gewählt, eine erkleckliche Mehrheit im Verhältniswahlssystem. In den 30er Jahren und vor allem nach den siegreichen Blitzkriegen 1939/40 war die Popularität des Systems und vor allem Hitlers überwältigend; bei freien Wahlen hätte er jetzt noch ganz andere

Mehrheiten erzielt. Und anders als Mussolini wurde Hitler schließlich trotz katastrophaler Mißerfolge und trotz der sich seit Anfang 1943 abzeichnenden Niederlage nicht gestürzt. Widerstandsaktionen kamen spät und blieben schwach. Und das deutsche Heer kämpfte größtenteils bis zum bitteren Ende nicht nur für Deutschland allgemein, sondern auch für dieses, so verfaßte und so regierte Deutsche Reich, für „Führer, Volk und Vaterland“, was immer einzelne Soldaten an inneren Vorbehalten haben mochten. Und noch im Oktober 1948 antworteten auf die Frage „Halten sie den Nationalsozialismus für eine gute Idee, die [nur] schlecht ausgeführt wurde?“ in den Westzonen 57 % mit ja, und 15 % waren unentschieden.

Man kann also leider nicht von der nationalsozialistischen Gewalt Herrschaft einerseits, der deutschen Nation und dem deutschen Volk andererseits wie von zwei voneinander unabhängigen Größen sprechen. Deutschland und der Nationalsozialismus waren zwar nicht identisch, aber zwischen 1933 und 1945 durchdrangen sie sich gegenseitig ganz tief, und deshalb, im letzten, konnte man Befreiung nicht ohne Zerstörung haben. Zweifellos ist dies ein Grund für gemischte Gefühle und zweifellos kein Grund zum Feiern. Man versteht, daß dies viele bis heute lieber verdrängen, etwa durch Absage an die Erinnerung oder auch durch die Fiktion, ein im Grunde integriertes Volk sei von den einmarschierenden Siegern aus den Klauen einer kleinen Imperialisten- und Nazi-Clique befreit worden – so bekanntlich der Tenor der Feiern in Ost-Berlin.

Aber die meisten Deutschen hatten 1945 anderes zu tun, als über diese verwickelte Dialektik von Zerstörung und Befreiung nachzudenken. Man versuchte, in den Trümmern zu überleben. Der Horizont verengte sich. Man machte nicht mehr Weltgeschichte und eroberte nicht mehr Afrika oder das Nordkap, sondern man stand für Lebensmittel an, tauschte Kaffee gegen Margarine, vielleicht auch Ritterkreuze gegen Zigarettenstummel, man ging hamstern aufs Land, suchte die eigene, in den Wirren des Kriegsendes auseinandergerissene Familie, und bald kam hinzu, daß man fror und hungerte. Ein Gefühl der Erleichterung über das Ende des Krieges überwog wohl zunächst, dann aber kam Unsicherheit angesichts der neuen Herren, die bald neue Beschränkungen der Freiheit dekretierten: Ausgehverbote, Fraternalisierungsverbote, Versammlungsbeschränkungen. Schließlich befürchteten die Besatzer den Partisanenkampf fanatisierter Nazis, der aber ausblieb. Merkwürdig schnell zerstoben der

Nationalsozialismus und seine Ideologie auf der Oberfläche. Wie ein Spuk, hat man gesagt. Wo blieben die Nazis? Schnelle Anpassungsleistungen wurden vollzogen, kaum fand sich die offene Verteidigung früherer Überzeugungen. Dies war keine Zeit, um politisch-moralisches Rückgrat zu beweisen und Identität aufzubauen. Viele tarnten sich und verleugneten ihre Vergangenheit. Wegducken, sich klein machen, ab und zu auch das Begleichen älterer Rechnungen, punktuell wohl auch Rache, Denunziation und Anbiederung. Auch dies: eine Form von Zerstörung.

Das so schnelle Verschwinden der nationalsozialistischen Führer, das Ende der deutschen Staatlichkeit, die totale Niederlage nach totem Krieg erlebten die meisten im Alltag weder als Zerstörung noch als Befreiung, sondern als Zusammenbruch.

Die Erfahrung der Befreiung, die Erfahrung der Zerstörung und die Erfahrung des Zusammenbruchs hatten jedoch eines gemeinsam: Sie führten zu der Überzeugung, daß man an einem neuen Anfang stehe und eine „Stunde null“ durchlebe, ohne die Sicherheiten gültiger Traditionen, aber vielleicht auch mit mehr als normaler Gestaltungsfreiheit. Die neue, von jungen Intellektuellen publizierte Zeitschrift „Der Ruf“ drückte das 1946 so aus:

„Die Staatsschiffe der Gegenwart gleichen [normalerweise] den Kauffahrteifahrern des 16. Jahrhunderts. Sie sind mit dem ganzen Ballast der Vergangenheit belastet. Sie navigieren nur schwerfällig, und jede Kursänderung bereitet unendliche Schwierigkeiten. In Deutschland [aber] ist das alles zerschlagen. Es hat weder einen Staat noch eine Wirtschaftsordnung. Die junge Generation kann ganz von vorn... beginnen... Sie braucht nicht umzubauen... Sie kann neu bauen.“

Kontinuität und Restauration

Hat sich dieses Nullpunkt- und Aufbruchsbewußtsein bestätigt? Bisher wurde über die verschiedenen Erfahrungen der Zeitgenossen von 1945 gesprochen. Im folgenden möchte ich von heute aus auf 1945 zurückblicken, und zwar im Langzeit-Zusammenhang deutscher Geschichte. War 1945 ein Jahr der Zerstörung oder ein Jahr der Befreiung oder vielleicht keines von beiden? War es ein Wendepunkt deutscher Geschichte, oder überwog doch die Kontinuität? Zunächst muß man sagen, daß sich das Nullpunkt- und Aufbruchs-

bewußtsein, das sich im letzten Zitat ausdrückte, zu einem großen Teil als Illusion erwies. Von der Vergangenheit überlebte mehr in den Wirren der damaligen Gegenwart, um die Zukunft zu prägen, als es in den Trümmern zunächst schien. Zwei große Kontinuitäten möchte ich herausheben: die des Wirtschaftssystems oder des Kapitalismus und die des Beamtentums bzw. der Bürokratie.

Bekanntlich vollzog sich in Deutschland wie anderswo die Industrialisierung des 19. und 20. Jahrhunderts in marktwirtschaftlich-kapitalistischer Form. Deren Grundprinzipien – private, aus dem Eigentum folgende Verfügungsmacht über Kapital, profitorientierte Entscheidungen in privaten Unternehmen, Marktbeziehungen und Lohnarbeit – hatten auch im Dritten Reich Bestand gehabt, obgleich seit 1936 Staatseingriffe die Dispositionsfreiheit der Unternehmen einengten. Kurz nach dem Zusammenbruch hätte kaum jemand eine Wette auf den Fortbestand des kapitalistischen Wirtschaftssystems abgeschlossen. Viele plädierten für irgendeine Form des Sozialismus oder der Gemeinwirtschaft, von den Kommunisten über die SPD und den starken linken Flügel der entstehenden CDU bis zu den Gewerkschaften und vielen Intellektuellen. Vielen schwebte, wenn auch meist nur sehr vage, vor, in einem wieder erstehenden deutschen Nationalstaat Demokratie und Sozialismus zu verschmelzen und damit einen Brückenschlag zwischen Ost und West zu bewerkstelligen.

Neben alten, in Deutschland immer lebendigen und in den Jahren von 1933 bis 1945 keineswegs geschwächten antikapitalistischen Tradition in den verschiedensten politischen Lagern stand hinter den verbreiteten Sozialisierungswünschen vor allem zweierlei: Zum einen glaubten viele, daß der Kapitalismus eine entscheidende wirtschaftliche Verbesserung für die Bevölkerung nicht zu Wege bringen würde und daß man sich schon deshalb in diesem zerrütteten und verarmten Land keine Privatunternehmerwirtschaft mehr leisten könne. Zum andern war die durchaus zutreffende Überzeugung weit verbreitet, daß die tiefe Krise des Kapitalismus um 1930 und die antidemokratische, antiparlamentarische und antisozialistische Politik der meisten Unternehmer einen wichtigen Anteil am Untergang Weimars und damit am Sieg des Nationalsozialismus gehabt hatten; das sollte sich nicht wiederholen. Ende 1946 stimmten in Hessen 72 % der Wähler für einen Verfassungsartikel, der die sofortige Sozialisierung der Grundstoffindustrie, der Banken, Versicherungen und der Energiewirtschaft vorsah.

Die von vielen gewünschte und von anderen gefürchtete Reform der Wirtschaftsverfassung scheiterte – nach langen Konflikten – aus mehreren Gründen. Zum einen an den Amerikanern, die Verwaltungswirtschaften für ineffizient und letztlich undemokratisch hielten, überdies als ungeeignet in der sich herausbildenden Konfrontation mit den Sowjets, und schließlich wollten sie auch nicht zuviel ökonomische Macht in den Händen des eben noch bekämpften deutschen Staats zusammengeballt sehen. Zum anderen scheiterten grundlegende sozialökonomische Reformen an der Halbherzigkeit, mit der sie in der deutschen Bevölkerung gefordert wurden. Für die meisten hatte das keine große Priorität. Überleben war wichtiger, Not bedeutete nicht Radikalisierung, und von Politik hatte man ohnehin genug. Außerdem erfuhr man ab 1947, daß das kapitalistische System noch immer für einen unerwarteten wirtschaftlichen Aufschwung gut war. In der SBZ konnte man überdies beobachten, daß Sozialisierung nicht unbedingt zu mehr Demokratie führte, und zu größerer Effizienz schon gar nicht. All das erklärt mit, warum es in Westdeutschland nach 1945 nicht zu einer grundsätzlichen Änderung der Wirtschaftsstruktur kam. Mit der Währungsreform Erhards war das 1948 endgültig entschieden. Diese Weichenstellung wird bis heute verschieden bewertet.

Mindestens so wichtig wie die kapitalistische Kontinuität war die bürokratische. In Deutschland ging die Ausbildung öffentlicher Bürokratie der Industrialisierung, der Parlamentarisierung und der Demokratisierung voraus. Darin unterscheidet sich die deutsche Geschichte fundamental von Ländern wie England und USA. Revolutionen waren in Deutschland nicht zuletzt deshalb so schwach und erfolglos, weil bürokratische Reformen „von oben“ einen Teil ihrer Ziele immer schon erfüllt hatten, wenn auch in obrigkeitstaatlicher Weise. Die Tradition des deutschen Berufsbeamtentums hat alle großen Einschnitte der neueren deutschen Geschichte relativ unerschüttert überstanden. In ihrer rechtlichen Grundstruktur, in ihren Verfahrensweisen und – nach kurzer Unterbrechung – auch in ihrer Zusammensetzung überstand die deutsche Bürokratie westlich der Elbe auch den Einschnitt von 1945, obwohl auch im Westen zunächst starke Kräfte auf eine radikale Reform drängten.

Die amerikanischen und britischen Besatzer kamen aus Ländern ohne festgefügttes Berufsbeamtentum. Besonders die Amerikaner tendierten dazu, die obrigkeitstaatlich-bürokratische Tradition

Deutschland für dessen illiberalen und undemokratischen Weg verantwortlich zu machen. Etwas Unterstützung fanden sie mit ihrer Bürokratiekritik bei der deutschen Linken. Sie kehrte hervor, daß die meisten Beamten trotz ihres Anspruchs auf Überparteilichkeit letztlich die Sache des Bürgertums, des Konservatismus oder der Reaktion betrieben, schon aufgrund ihrer sozialen Herkunft und ihrer Privilegien.

Die Entnazifizierung traf besonders das mittlere und höhere Beamtentum zunächst hart. So wurden z.B. von den hessischen Beamten, die im Mai 1945 im Dienst des Landes standen, aus politischen Gründen bis zum 1. Mai 1946 75 % entlassen. Doch spätestens 1947 kehrte sich der Trend um. Die wieder steigenden Anforderungen der Verwaltung, der Mangel an unbelasteten qualifizierten Beamten, die innere Unsicherheit der Entnazifizierungspolitik, die zunehmende Entscheidungsmacht der deutschen Stellen und die auf raschem Wiederaufbau gerichtete Besatzungspolitik führten zur Wiedereinstellung der meisten entlassenen Laufbahnbeamten. Diese personelle Restauration wurde auf der Grundlage des Artikels 131 des Grundgesetzes in den frühen fünfziger Jahren gründlich fortgesetzt. Anders in der SBZ: Dort war man bereit, lieber administrative Ineffizienz auf einige Jahre in Kauf zu nehmen, als ehemalige Nazis und Mitläufer wieder einzustellen. Ähnlich erfolglos blieben alliierte Versuche, das Recht des Berufsbeamtentums zu reformieren. Die Bürokratie war stark und unersetzbar genug, um jeden Angriff auf ihre „wohlerworbenen Rechte“ abzuwehren.

Der Schul- und Hochschulbereich machte diesen doppelten Restauraionsprozeß voll mit: Institutionell wurde vorwiegend auf die Weimarer Situation zurückgegriffen, personell wurde auf eine klare Absetzung von der nationalsozialistischen Zeit nach kurzem verzichtet.

Sicher hatten Prestige und Selbstbewußtsein des Beamtentums im „Dritten Reich“ gelitten; manche obrigkeitsstaatliche Fixierung mag in diesen Jahren geschwächt worden sein; der Korpsgeist des Beamtentums wurde gelockert; dem Durchbruch des demokratischen Parlamentarismus nach 1945 hat die Bürokratie keine Steine in den Weg gelegt, anders als in der Weimarer Republik.

Dennoch bedeutet diese bemerkenswerte Kontinuität des Beamtenapparats über der Einbruch von 1945 hinweg eine deutliche Anbindung der neuen Bundesrepublik an die Jahrzehnte davor, ganz im Unterschied zur DDR. Sozialkonservativer Geist und Stil drangen von

hier aus in die Politik, Gesellschaft und Kultur der jungen Republik ein; vordemokratische Autoritätsmuster und illiberale Traditionen wurden auf diesem Weg weitergereicht, allerdings auch Kompetenz und Leistungsfähigkeit der Verwaltung, die für das neue, labile Staatswesen unbezahlbar waren. All dies prägte den Stil und den Inhalt der jungen Republik sehr stark mit, denn es gibt gerade in Deutschland wenig Lebensbereiche, die von staatlich-bürokratischen Eingriffen und Beeinflussungen ganz frei sind.

Zweifellos bedeutete dieser Verzicht auf klare Grenzziehungen gegenüber der nationalsozialistischen Vergangenheit eine böse Belastung und schwere Bürde für das Selbstverständnis, die politische Moral, die Autorität und die Glaubwürdigkeit dieses neuen Staates – bis heute. Die Schroffheit manchen Protests von den 60er Jahren bis heute erklärt sich aus diesem Zusammenhang. Auf der anderen Seite ersparte sich die Bundesrepublik so die Entstehung eines belastenden Protestpotentials von degradierten Bürgern zweiter Klasse, mit denen sie als liberaler Rechtsstaat sehr viel weniger leicht fertig geworden wären als die DDR, die ihre Grenzen nach Westen zudem erst dann abriegelte, als die meisten ihrer ausgebooteten NS-Funktionäre mit dem großen Flüchtlingsstrom in die auch in dieser Hinsicht großzügigere Bundesrepublik ausgewichen waren.

Brüche und Neuanfänge

In bezug auf die Wirtschaftsordnung und den Beamtenstaat bedeutete 1945 weder Zerstörung noch Befreiung, sondern Kontinuität. Daß der westdeutsche Verzicht auf eine gründlichere „Bewältigung der Vergangenheit“ nicht schädlichere Auswirkungen hatte, lag vor allem daran, daß der Bundesrepublik in anderer Hinsicht wichtige Neuanfänge glückten – zum Teil allerdings ohne ihr Zutun –, die den Einschnitt nach 1945 schließlich doch tiefer erscheinen lassen als den von 1918 oder den von 1848 – trotz der bisher besprochenen Kontinuität. In sechs Punkten soll dies abschließend skizziert werden.

1. Was die herrschenden Klassen in Deutschland von den herrschenden Klassen einer voll entwickelten bürgerlichen Gesellschaft vor allem unterschied, war bis 1933 die teilweise adlige, bevorrechtigte Großgrundbesitzerklasse Ostelbiens gewesen, die der Demokratisierung von Gesellschaft und Staat seit dem 19. Jahrhundert vehe-

menten Widerstand entgegengesetzt und einen großen Beitrag zum Sieg des Nationalsozialismus geleistet hat. Diese Klasse der „Junker“ hat 1945 aufgehört zu existieren.

Nicht nur die Sieger legten sich 1945 in Potsdam auf eine Bodenreform fest, die den Großgrundbesitz aufteilen sollte. In allen deutschen Parteien wurde sie vorübergehend gefordert. Sie unterblieb im Westen aus ähnlichen Gründen wie die Sozialisierung. Jedoch sie geschah dort, wo sich die ökonomische Basis der „Junker“ befand: in der Ostzone und in den von Polen und Rußland annektierten deutschen Ostgebieten. Der Historiker Golo Mann schreibt dazu:

„Der stärkste Träger der alten Autorität, der preußische Adel, ist damals dreimal ruiniert worden: Durch den Krieg, in dem Tausende seiner Mitglieder fielen; durch seinen Widerstand gegen Hitler, die Kette von Verschwörungen, in deren Folge er zu Hunderten ausgerottet wurde, endlich durch Polen und Russen. Da wurden die Junker von ihren Gütern gejagt – wieviel umkamen, hat niemand gezählt –, ihre Schlösser abgetragen, ihr Besitz verteilt. Die Überlebenden verschwanden in der Masse der Flüchtlinge aus dem Osten. . . Eine Tragödie, um so grausamer, weil sie so sehr spät kam, und die man in dem abgestumpften Wirrsal der ersten Nachkriegsjahre kaum auch nur bemerkte.“

Dies trifft zu – doch zutreffend ist auch, daß seit 1945 diese Belastung der Demokratie in Deutschland nicht mehr besteht. Zerstörung – zweifellos, aber in gewisser Hinsicht eben auch Befreiung.

2. Eine zweite große Belastung der Demokratie in Deutschland stellte der Militarismus spätestens seit den Reichsgründungskriegen von 1866 und 1870/71 dar. Bis zum Ende der Weimarer Republik gelang es nicht, die Armee der zivilen Gewalt voll unterzuordnen. Der Eigenständigkeitsanspruch der militärischen Spitzen begrenzte die Parlamentarisierung in Deutschland. Unheilvolle Entwicklungen gingen von diesem „Staat im Staate“ aus, vor allem 1914–18 und in der Endphase der Weimarer Republik.

Was die Autonomiebestrebung des Militärs in der deutschen Verfassungsgeschichte war, war das Überborden militärischer Wertvorstellungen, militärischen Stils und militärischer Verhaltensformen in der deutschen Sozialgeschichte. Mehr als in den westlichen Ländern prägte das Leitbild des Offiziers große Teile des Bürgertums. Befehl und Gehorsam, Dienst, Pflicht und Treue rangierten höher auf der Wertskala als Gelassenheit und Toleranz, Kritik und Diskussion. Tra-

ditionsverbände, Burschenschaften und Korps vermittelten diese Tradition auch in der Weimarer Republik. Liberal-demokratische Tugenden entwickelten sich nur mühsam.

Die nationalsozialistische Diktatur trieb diese militaristische Tradition auf die Spitze und dann in den Ruin. Was den zivilen Regierungen in Kaiserreich und Republik nicht gelungen war, Hitler gelang es: die Unterordnung des Generalstabs, seine Instrumentalisierung und personelle Umbildung in einem bald auch militärisch wahnwitzigen Krieg. Zum Blutzoll, den diese traditionelle Führungsgruppe im Krieg und schließlich im Widerstand des 20. Juli 1944 zahlte, kam die ihren Nimbus kräftig zerstörende Niederlage.

In der Bundesrepublik stellt die Armee keinen Staat im Staat mehr dar. Die Hypertrophie militärischer Werte, Umgangsformen und Verhaltensweisen ist eine Sache der Vergangenheit geworden. Wiederum kann man sagen: Zerstörung und Befreiung zugleich.

3. Die Spitzenpositionen in Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Verbänden und Kultur wurden, insgesamt gesehen, 1945–49 gründlicher um- oder neubesetzt als 1933 oder 1918/19. Am wenigsten galt das für die Kirchenleitungen und führenden Positionen an den Hochschulen; am deutlichsten wurde es in Regierung, Parlament und den Parteien. Im Vergleich dazu war der Wechsel in den Spitzenpositionen der privaten Wirtschaft weder besonders stark noch besonders gering. Die Nazi-Elite wurde entmachtet. Rückgriffe auf das Führungspersonal von vor 1933 waren häufig, vor allem in den Kirchen, im diplomatischen Dienst, in den neu entstehenden Gewerkschaften, in der SPD und den Verwaltungen. NS-Verfolgte und Emigranten rückten in bemerkenswertem Ausmaß in die neuen Führungspositionen ein, vor allem in der SPD, jedoch auch in den protestantischen Kirchen und im kulturellen Bereich.

Mit der Umstrukturierung der Oberschicht, mit der teuer erkauften Emanzipation aus älteren halbfeudalen und militaristischen Traditionen hängt nun ein politisch ganz wichtiger Neuanfang zusammen. Ich zitiere den sozialdemokratischen Theoretiker Richard Löwenthal:

„Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte akzeptieren die besitzenden Oberschichten und die beamteten Träger der staatlichen Exekutive, die in der Mehrheit der ersten deutschen Republik von Beginn an als Feinde gegenüberstanden hatten, die demokratischen Regeln mit gleicher Selbstverständlichkeit, wie dies in den alten angelsächsischen Demokratien der Fall ist.“

Ohne die blutige Lehre durch NS-Diktatur, Krieg und Zusammenbruch wäre das wahrscheinlich nicht der Fall. Wiederum: Zerstörung und Befreiung in einem. Hier liegt eine wichtige Erklärung für die Lebensfähigkeit der zweiten deutschen Demokratie, nachdem die erste nicht zuletzt an der Ablehnung und der Feindschaft von deutschen Oberschichten zugrunde gegangen ist.

4. Die nationalsozialistische Politik, der Weltkrieg und der Zusammenbruch wirbelten die deutsche Gesellschaft durcheinander. Sie lösten alte Bindungen auf, zerstörten Traditionen, milderten herkömmliche innere Konflikte und schliffen soziale Unterschiede ein wenig ab. Beschauliches dörfliches Leben wurde in den Strudel nationalistischer Mobilisierung gerissen. Weniger als zuvor wurde die Erziehung der Mädchen und Jungen den Familien allein überlassen. Diktatur und Weltkrieg relativierten herkömmliche Wertungen. Vieles brach da zusammen, z. B. oftmals der Glaube an die Nation. Selbst die Trauer über den Verlust der nationalen Größe blieb auf der Strecke. Die riesigen, erzwungenen Wanderbewegungen zerstörten manche lokale, kleinräumige Einbindung und mischten die Bevölkerung neu durcheinander. Die Bombenangriffe zerstörten auch die alten Arbeitersiedlungen, später traten moderne Wohngebäude und breite Straßen an ihre Stelle. Nachbarschaften verschwanden, Subkulturen zerfielen, nachdem die totalitäre Diktatur bereits vorher die autonomen Organisationen der Arbeiterbewegung zerstört hatte. Unter dem Druck von Diktatur und Krieg verlor auch der konfessionelle Gegensatz an Bedeutung.

All das mag man bedauern. Es handelte sich um die Zerstörung von Traditionen, um die Relativierung älterer Bindungen, um die Schwächung herkömmlicher Identitäten, um Verluste – sicherlich. Die spezifische Traditionslosigkeit der deutschen Nachkriegsgesellschaft wurde hier vorbereitet, die allerdings erst durch das beschleunigte Wirtschaftswachstum der 50er/60er Jahre in der Bundesrepublik richtig zur Geltung kam (anders als in der viel traditionsgeprägteren DDR). Heute beklagt man das häufig, sieht man die Kosten der zerstörerischen Modernisierung, beklagt man den Mangel an Tradition und Identität. Aber man darf auch nicht übersehen, daß auf diese Weise traditionelle Erstarrungen der deutschen Sozialstruktur aufgelockert, manchem zerstörerischen Sozialkonflikt die Schärfe genommen und die Chancen demokratischer Konfliktregelung vergrößert wurden.

5. Damit hängt auch der Bruch zusammen, der die Entwicklung des deutschen Partei- und Verfassungssystems kennzeichnet. Sehr stabil war das viergliedrige deutsche Parteiensystem seit etwa 1848: Liberale – Konservative – das katholische Zentrum – die Sozialdemokratie. Im Prinzip überstand es auch die Revolution von 1918/19. Aber nach 1945 entstand es nicht neu, auch nicht in der Bundesrepublik. Die konfessionsübergreifende CDU/CSU stellt in dieser Hinsicht eine wichtige Neuheit dar, aber auch die volksparteiliche Erweiterung der SPD ist zu betonen. Daß die KPD in der Bundesrepublik nahezu chancenlos blieb, läßt sich jedoch nicht primär als Folge von Nationalsozialismus und Weltkrieg erklären, vielmehr als Resultat des sich herausbildenden und besonders in Deutschland ausgetragenen Ost-West-Gegensatzes, der Entstehung von zwei deutschen Staaten im Kalten Kriege und den dadurch verschärften Antikommunismus im westlichen Deutschland. Die in Weimar so prägende Spaltung der Arbeiterbewegung in Sozialdemokratie und Kommunismus wurde damit gewissermaßen „territorialisiert“.

Auch die traditionelle politisch-ideologische Dreigliederung der deutschen Gewerkschaftsbewegung wurde nach 1945 nicht restauriert. Die gemeinsame Erfahrung der nationalsozialistischen Diktatur, die eine selbständige Arbeiterbewegung unterdrückt und Arbeiterführer der verschiedensten politischen Ausrichtung verfolgt hatte; die Not der Nachkriegszeit; die gemeinsame Frontstellung gegenüber den Besatzungsmächten, die den gewerkschaftlichen Wiederaufbau streng kontrollierten und oftmals verzögerten – all dies erleichterte die Gründung einer „Einheitsgewerkschaft“ statt der politischen „Richtungsgewerkschaften“, die bis 1933 bestanden hatten.

Und erstmals entstand in Deutschland ein *funktionierendes* parlamentarisch-demokratisches Verfassungssystem. Das Grundgesetz entstand auf der Basis einer schnell erreichten Übereinstimmung zwischen den westlichen Alliierten und fast allen politischen Kräften im westlichen Deutschland. Die Übereinstimmung erklärt sich zum einen aus der Tiefe der Niederlage und der radikalen Diskreditierung des vorangehenden Systems; zum andern aus dem beginnenden Kalten Krieg. Entsprechend hatte die Verfassung der Bundesrepublik eine doppelte Frontstellung: in Absetzung von der nationalsozialistischen Vergangenheit und von der entstehenden Diktatur östlich der Elbe. Im Kalten Krieg der 50er Jahre drängte die zweite Frontstellung die erste ein Stückweit in den Hintergrund.

6. Einen tiefen Bruch in der historischen Kontinuität – Zerstörung und Befreiung zugleich – stellt schließlich die Teilung des Nationalstaats dar, im Zusammenhang der grundsätzlich veränderten internationalen Beziehungen. Hier ist nicht der Ort, um die Stationen der Teilung zu erzählen. Doch ist zu betonen, daß der 8. Mai 1945 in der Geschichte der Zerstörung des deutschen Nationalstaats nicht der tiefe Einschnitt war, als der er oft in vielen Reden dargestellt wird. Denn einerseits begann die Zerstörung früher, nämlich schon unter Hitler. Dessen großräumige Eroberungen nicht-deutscher Gebiete wandelten den deutschen Nationalstaat in ein multinationales Imperium mit Herren- und Untermenschen um. Auch wenn die Nazis den Krieg gewonnen hätten, wäre das siegreiche Deutschland nicht mehr mit dem Bismarckschen Reich vergleichbar gewesen. Die nationalsozialistische Rassen- und Lebensraumpolitik sprengte den Nationalstaat schon vor seiner Niederlage. Und andererseits war 1945 zwar ziemlich klar, daß die Gebiete östlich von Oder und Neiße nicht mehr zu Deutschland gehören würden. Aber die Teilung des Rests und die Sowjetisierung Mitteldeutschlands standen noch keineswegs fest. Sie ergaben sich erst aus dem Kalten Krieg der nächsten Jahre und aus vielerlei Entscheidungen auf beiden Seiten.

Auf den Verlust der nationalstaatlichen Einheit hat man in Deutschland nicht mit nationalistischem Protest reagiert. Zu sehr wirkte bisher der historische Anschauungsunterricht des „Dritten Reiches“ nach, zu tief war die Diskreditierung nationalistischer Anschauungen. Zu kurz war vielleicht auch die Zeit gewesen, während der die Deutschen in einem Nationalstaat gelebt hatten. Keine fünfundsiebzig Jahre war es 1945 her, daß ein kleindeutsches Reich durch das nun endgültig aufgelöste Preußen mit Gewalt zusammengefügt worden war. Die Alten des Jahres 1945 waren noch als Bürger Preußens oder Sachsens oder Württembergs geboren worden; sie hatten das Reich überlebt. Der Nationalstaat war niemals die Regel in der deutschen Geschichte.

Durch den Krieg Hitlers, den Verlust deutschen Territoriums im Osten und durch die staatliche Teilung wurden die entstehenden beiden Teilstaaten endgültig aus der Spitzengruppe der Großmächte herauskatapultiert. Dies bedeutet Entlastung für eine Nation, die sich mit ihrer Großmachtrolle seit der Bismarckschen Reichsgründung sehr schwer getan hat und gerade durch Großmachtpolitik ihrer inneren Liberalisierung und Demokratisierung Steine in den Weg gelegt hat.

Die weltpolitische Zweitrangigkeit der deutschen Staaten im Zeitalter der Supermächte USA und Sowjetunion wird man im Licht der historischen Erfahrung nur erleichtert zur Kenntnis nehmen können.

Aber auch wer den Nationalstaat nicht für die „natürliche“ und ewig beste Organisationsform von Völkern hält, wird nicht übersehen dürfen, daß ein solcher Bruch der nationalstaatlichen Tradition, wie er Deutschland 1945 widerfuhr, eine langfristige Belastung darstellen kann, besonders da das Nationalstaatsprinzip weltweit keineswegs zum alten Eisen geworfen wird. Es ist nicht auszuschließen, daß es auch in Deutschland irgendwann neu entdeckt und zum Kern nationalistischer Forderungen wird – mit all den belastenden Folgen, die das für die Legitimität auch der Bundesrepublik, den Bestand ihrer Institutionen und den Frieden haben würde. Und es ist sicher richtig, daß intakte Traditionen, die bei uns aber gebrochen und in Frage gestellt sind, manche innere Krise bewältigen helfen können. Erst in späterer historischer Rückschau wird man genauer beurteilen können, was der Verlust der nationalen Einheit wirklich bedeutete und wie sich in diesem Punkt Zerstörung und Befreiung mischten. Zweifellos zahlen die Deutschen in der DDR mehr als die Deutschen in der Bundesrepublik für die Schuld der Vergangenheit, die beide verbindet.

In der Rückschau erweist sich 1945 als einschneidender Wendepunkt der neueren deutschen Geschichte, besonders wenn man das Jahr nicht völlig isoliert, sondern die späte Nazi-Zeit und die ersten Nachkriegsjahre dazu nimmt – trotz der Kontinuität des Wirtschaftsystems und der Bürokratie. Zerstörung und Befreiung gingen oft Hand in Hand und waren manchmal zwei Seiten ein und derselben Medaille. Das Urteil darüber, was denn nun dominierte, variiert, wie wir sahen, je nach Perspektive und Wertung. Daß sehr viele der 1945 lebenden Zeitgenossen die Niederlage nicht primär als Befreiung erfuhren, ist m. E. verständlich. Zu bedrückend, zu gefährlich, zu zerstörerisch war sie zugleich. Aber für die Kinder der Kriegsgeneration und die noch später Geborenen rücken die zerstörerischen Aspekte jener Niederlage in den Hintergrund. Je mehr sie vom Nationalsozialismus wissen, von seinem Terror und seiner Verführungskraft, desto dankbarer sind sie, daß er und die Deutschen in jenem mörderischen Krieg vor 40 Jahren nicht die Oberhand behielten und ihnen das Aufwachsen in einem siegreichen braunen Imperium erspart blieb: die Niederlage als Bedingung der Freiheit und übrigens auch des Frie-

dens, denn nichts, aber auch gar nichts, spricht für die Annahme, daß ein siegreiches Hitler-Reich seinen totalitär-faschistischen, zerstörerisch-aggressiven Charakter geändert hätte. Ganz im Gegenteil, wahrscheinlich hätte es nach einem Sieg noch mehrere Holocausts im Osten gegeben. Und wer weiß, wie man sich selber verhalten hätte? Viel mutiger, scharfsichtiger als die damalige Generation?

Eine Minderheit sah oder ahnte diese Zusammenhänge schon in der Zeit selbst; sie lehnte das nationalsozialistische System ab und erfuhr die Niederlage von 1945 als Befreiung. Für die anderen, für die Mehrheit der damals Erwachsenen und die Nachkommen, gilt, was ein älterer Ruhrgebietsbewohner im Rückblick auf seine Lebensgeschichte sagte: „Hinterher merkt man, daß es richtig war, daß es schiefgegangen ist.“ Zumindest aus der Rückschau war 1945 vor allem Befreiung.